

Bewertungen der NS-Vergangenheit und Antisemitismus: Einstellungsforschung in Österreich 1945–1948

Hilde Weiss

Einleitung

In den frühen Jahren nach der Errichtung der Zweiten Republik wurden in Österreich Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus aus Politik und Öffentlichkeit zu verbannen gesucht. Die Kommunikationssperre sollte dazu beitragen, dass die wiederhergestellte Demokratie nicht durch Vergangenheitsdiskussionen gefährdet und belastet werde. Obwohl auch Jahrzehnte nach 1945 noch aus dem kollektiven Erinnern verdrängt, ist dieser Teil der Geschichte doch eine Konstante in der Diskussion um die »nationale Identität« der ÖsterreicherInnen geblieben (Botz 1998; Ziegler und Kannonier-Finster 1993; Pelinka 1990). Zwischen Phasen des Schweigens traten immer wieder Manifestationen von Antisemitismus und NS-Nostalgie aus ihrer Latenz, spätestens nach der Bundespräsidentenwahl 1986¹ konnte auch die Teilnahme von ÖsterreicherInnen am Krieg und seinen Verbrechen nicht länger aus der Erinnerung ausgespart werden (Pelinka und Weinzierl 1987; Embacher 1990).

War Deutschland von den Alliierten zur Gänze an den Verbrechen des nationalsozialistischen Eroberungskrieges zur Verantwortung gezogen und die Bevölkerung zu kollektiver Selbstreflexion genötigt worden, konnte sich Österreich offiziell von der Mittäterschaft als entlastet begreifen. Begründet durch die Moskauer Deklaration²

1 | Im Wahlkampf stand die Teilnahme des Präsidentschaftskandidaten (und späteren Präsidenten) Kurt Waldheim an der Wehrmacht und ihren Verbrechen zur Debatte (vgl. Költringer und Gehmacher 1989).

2 | Die Moskauer Deklaration 1943 billigte Österreich einerseits zu, Opfer der Angriffspolitik Hitlers gewesen zu sein, hielt andererseits aber auch fest, dass es für die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands und für seinen eigenen Befreiungsprozess (Mit-)Verantwortung trage. Durch diese inhärente Widersprüchlichkeit konnte Österreich den Nationalsozialismus in den Verhandlungen mit den Alliierten nach 1945 als Fremdherrschaft (mit den rechtlichen

konnte sich Österreich als »Hitlers erstes Opfer« sehen (da der Staat 1938 durch die Annexion ausgelöscht worden war); darauf aufbauend konnten die ÖsterreicherInnen nach 1945 einem Geschichtsbild anhängen, in dem sie sich an den Verbrechen des NS-Regimes als nicht beteiligt sahen (Uhl 2001).

Die in diesem Beitrag präsentierten Forschungen der United States Forces in Austria in der unmittelbaren zeitlichen Nähe zum Nationalsozialismus dokumentieren den scharfen Kontrast zwischen den realen Einstellungen der Bevölkerung und dem offiziellen, seitens des Staates bis in die späten 1980er-Jahre vertretenen nationalen Selbstbild: In den frühen Befragungen wurde eine Mittäterschaft von ÖsterreicherInnen an den Verbrechen zurückgewiesen, die gegen Jüdinnen und Juden gerichteten »Maßnahmen« des Regimes wurden jedoch von vielen – wenn auch als »zu weit gegangen« – für gerechtfertigt gehalten. Die Lehren aus Antisemitismus und Faschismus zu ziehen, war lange Zeit weder das Anliegen politischer Aufklärung noch der zeitgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Forschung (Botz und Sprengnagel 1994). Ein tief verwurzelter Antisemitismus war zwar schon in einigen wenigen frühen Studien der 1960er- und 1970er-Jahre dokumentiert worden (Kienzl 1966; Weinzierl 1973), die späteren repräsentativen Umfragen wiesen einen weit verbreiteten Antisemitismus im Bereich privater Einstellungen nach (Weiss 1986; 1987; Golub und Cohen 1995; Marin 2000). Rund fünf Jahrzehnte nach dem »Anschluss 38« beförderten die – trotz Kommunikationssperre auflebenden – Kontroversen über »Sinn und Zweck staatlicher Gedenkpolitik« nicht nur die tradierten Stereotypen an die Oberfläche, sondern auch den latenten sekundären Antisemitismus – dass »Juden den Holocaust zu ihrem Vorteil auszunützen versuchten« und Erinnern ein »einträgliches Geschäft« sei (Burger 2001).

Die United States Forces in Austria führten zwischen 1945 bis 1955 zahlreiche Bevölkerungsbefragungen zu einer breiten Palette tagespolitischer und wirtschaftlicher Themen durch (Rathkolb 1985), sie reichten von Alltagsorgen der Bevölkerung (Ernährung, Wohnen, Zukunftsängste) über Medien-Nutzung, politische Informiertheit bis hin zur Offenheit für die geforderten Maßnahmen, wie Repatriierung der Vertriebenen und Restitution an die vorwiegend jüdischen Verfolgten. Der Einrichtung einer Opinion Survey Section innerhalb des »Office of Military Government, United States« (OMGUS) in Deutschland und in Österreich sollte nicht nur über die Bedürfnisse und Stimmung in der Bevölkerung informieren; die kontinuierlichen Informationen waren ein wichtiges Instrument, um eine Umsetzung des Re-Orientierungsprogramms in allen öffentlichen Bereichen unter Mitarbeit und Unterstützung der demokratisch gesinnten Bevölkerung zu bewirken. Die Ergebnisse der Survey-Reports wurden kontinuierlich an die höchsten Stellen der amerikanischen Besatzungsmacht geleitet (Merritt und Merritt 1970: 3)³. Die hier ausgewählten Ergebnisse von Befragungen in

Folgen wie Befreiung von Reparationszahlungen, Wiedergutmachung) ins Treffen führen und dies auch nach innen als »objektiven Sachverhalt« kommunizieren (Knight 1988).

3 | In dem Band *Public Opinion in Occupied Germany* (Merritt und Merritt 1970) sind die in Deutschland 1945–1949 durchgeführten Surveys in Form von kurzen Zusammenfassungen

Österreich zwischen 1946 und 1948 befassen sich mit der Teilnahme Österreichs am Nationalsozialismus und mit Antisemitismus. Sie sind nicht nur Rückblick und Spiegel auf Verdrängtes, manche der unmittelbar nach dem Kriegsende gestellten Fragen bzw. Statements finden sich (in ähnlichen Formulierungen) in Umfragen späterer Jahrzehnte. Zum Abschluss sollen daher Kontinuitäten und Wandel im Lichte der späteren Erhebungen in aller Kürze nachgezeichnet werden.

Surveys der United States Forces: Stichprobe und Methode

In der amerikanischen Zone Wiens, in Linz (ohne Urfahr) und Salzburg (Stadt) wurden kontinuierlich Surveys durchgeführt, in denen jeweils insgesamt 2.000 Personen über 18 Jahre befragt wurden. Die Interviews wurden von österreichischen, eingeschulten InterviewerInnen in den Wohnungen der Befragten unter Zusicherung der Anonymität durchgeführt. Die Auswahl der interviewten Personen erfolgte mittels der von der amerikanischen Behörde entwickelten Gebietsmethode (area sampling); die demografische Struktur der Stichproben wurde anhand statistischer Unterlagen zu Geschlecht, Alter und sozialem Status in den betreffenden Zonen bestimmt.⁴ In dem Zeitraum standen Einstellungen zur demokratischen Erneuerung, zu Maßnahmen der Entnazifizierung und zur Restitution im Brennpunkt. Aus Sicht der Forschungsmethode (Face-to-Face-Interviews) stellten sich bei all den Themen Probleme der Glaubwürdigkeit des Antwortverhaltens, zwischen Tabuisierung (in Form von Meinungslosigkeit) und »erwünschtem«, den zeitlichen Umständen angepasstem Verhalten.

Wie groß das Potential derer ist, die tatsächlich für Demokratie und Entnazifizierung in den Institutionen eintreten, war eine essentielle und nicht leicht zu erforschende Frage. So artikulierte sich z. B. die überwiegende Mehrheit als »politisch desinteressiert«. Man wollte im Rundfunk keine politischen Sendungen hören, denen

publiziert (191 Kurzberichte, darunter auch fünf aus Österreich). Für Österreich gibt Christian Stifter (Stifter 2015) eine Zusammenstellung von Surveys sowie Beschreibungen des institutionell-administrativen Hintergrunds und der weiteren Entwicklungen der Meinungsforschung.

4 | National Archives and Records Administration (NARA), RG 407, APO 777, U.S. Army, Headquarters United States Forces in Austria, Information Services Branch, Survey-Section, Bericht Nr. 7: Vorbericht zur Ermittlung (Opinions concerning National Socialism), Wien (19. Mai 1947); National Archives and Records Administration (NARA), RG 407, APO 777, U.S. Army, Headquarters United States Forces in Austria, Information Services Branch, Survey-Section, Bericht Nr. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948) (Kopien im Besitz der Verfasserin). Wie in Deutschland wurde auch in Österreich eine Survey-Section mit Sitz in Wien eingerichtet; die Feldarbeit wurde von Beginn an österreichischen Kräften übertragen. Das Design der Umfragen, die Auswertungen (mittels Lochkarten) und die Berichte der österreichischen Survey-Section erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der Information Control Division in Deutschland (OMGUS), welche die Surveys wissenschaftlich supervisierte. Sie wurden von SozialpsychologInnen und SozialwissenschaftlerInnen geleitet und an militärisch-geheimdienstliche Gremien in Washington weitergeleitet (vgl. Stifter 2015: 549).

die Alliierten eine wichtige Bedeutung für Aufklärung und demokratische Erneuerung beimaßen, dagegen wünschte man sich »mehr volkstümliche Bauernmusik«, Walzer oder Operette. Bei ganz konkreten Fragen zur Politik erwiesen sich die meisten dann jedoch als erstaunlich gut informiert.

Anhand verschiedener methodischer Zugänge, wie der Kombination standardisierter und offener Fragen oder indirekt formulierter und projektiver Fragen, wurden die Antworten und Zahlen zu interpretieren und einzuschätzen versucht. Zu den vollstandardisierten Fragen wurden häufig auch offen zu beantwortende Nachfragen (Begründungen oder Argumente zu den gemachten Angaben) gestellt. Die Antworten wurden notiert und trotz des umfangreichen Materials inhaltsanalytisch ausgewertet, codiert und quantitativ aufgeschlüsselt.

Zudem hatten die InterviewerInnen am Ende jedes Interviews einzustufen, wie ehrlich (bzw. oberflächlich, abwehrend oder inkonsistent) die Antworten wären. In den Kommentaren der Berichte wird die Glaubwürdigkeit anhand der oft auffälligen Widersprüchlichkeiten und im Licht der oft schon in kurzen Zeitabständen eintretenden Meinungsänderungen diskutiert. Vor allem die in Zeitvergleichen hervortretenden Einstellungsänderungen und die Ausführungen bei den offenen Fragen lassen Rückschlüsse auf das Meinungsklima der Nachkriegsjahre zu.

Einstellungen zum Nationalsozialismus

Exkurs: Die »Entnazifizierung« in Österreich

Die politische und ideologische Durchleuchtung einzelner Personengruppen bzw. all jener, die in maßgeblichen gesellschaftlichen Positionen tätig waren, bildete eine wesentliche Grundlage der Entnazifizierungspolitik. Wie in Deutschland wurden auch in Österreich Screenings (anhand von Fragebögen) durchgeführt, mit dem Ziel, nationalsozialistische Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen, aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben auszuschalten.

Auf Veranlassung der Alliierten waren in Österreich 536.000 NSDAP-Mitglieder registriert worden,⁵ davon waren ca. 100.000 »Illegale«, d. h. Personen, die trotz des Parteienverbots 1933 schon vor 1938 der Partei angehört hatten. Zehntausende wurden vor sogenannte Volksgerichte (dies waren Schöffengerichte unter der Aufsicht von Laien- und BerufsrichterInnen) gestellt. Das Verbotsgesetz und das Kriegsverbrechergesetz aus dem Jahr 1945 bildeten die rechtliche Grundlage für die Volksgerichtsbarkeit.

5 | Anders als in Deutschland mussten sich in Österreich nur die ehemaligen NSDAP-Mitglieder bei ihrer jeweiligen Militärregierung registrieren lassen. Diese Gruppe umfasste rund 700.000 Personen, von denen aber nur 536.000 bzw. 8 % der Bevölkerung einen Fragebogen ausfüllten. In Deutschland waren 20 Millionen durchleuchtet worden, was ca. einem Drittel der Gesamtbevölkerung entspricht (Dack 2016: 66).

Das Entnazifizierungsgesetz von 1946 bezog sich auf die »illegale« NSDAP-Mitgliedschaft. Damit wollte man zwischen »aktiven« und »nominellen« Nazis differenzieren, einer Mitgliedschaft nach 1938 wurden Mitläufermentalität oder eine Zwangssituation zugestanden. In der Bevölkerung stieß dieses »Nationalsozialistengesetz« auf wenig Zustimmung. In der Neufassung des Gesetzes 1947 wurde – nachdem das Kriterium der Illegalität auf starken Widerstand stieß –, »um Härten zu vermeiden«, ein Unterschied zwischen »Belasteten«, d. h. Personen, die bestimmte höhere Positionen einnahmen, und »Minderbelasteten«, d. h. einfachen Parteimitgliedern, getroffen. Damit blieben 42.000 Personen, die einer Strafe zugeführt werden sollten. Die Strafen bewegten sich zwischen Berufsverboten, Verlust des Arbeitsplatzes, Gehaltskürzungen bis zum Einsatz im Rahmen der Schuttbeseitigung. Es gab eine Menge Ausnahmebedingungen sowie die Möglichkeit des Einspruchs, da jeder Fall einzeln geprüft wurde. Es folgte eine Flut von amtlichen Eingaben. In der Praxis wurden auch ganze Berufsgruppen von Bestrafungen gestrichen. Als Beweis der Entlastung genügte ein Zeuge, der die Unbescholtenheit bestätigte. Fast jeder kannte jemanden, der ihm »Unbescholtenheit« oder Widerstand gegen den Nationalsozialismus bescheinigte. Die Maßnahmen gegen die rund 42.000 »Belasteten« liefen dann entweder in den 1950er-Jahren aus oder wurden aufgehoben. Ab 1948 bis 1957 setzte bereits die Zeit der Amnestien ein (Stiefel 1981; Meissl, Mulley und Rathkolb 1986).

»Trotz der Schwere mancher der Fälle, einschließlich Deportation und Ermordung der Juden, wurden die meisten Österreicher geringerer Verbrechen angeklagt. Bis 1948 leiteten die Volksgerichte Vorerhebungen in rund 137.000 Fällen ein, von denen jedoch nur 23.000 als strafrechtlich verfolgbar angesehen wurden und 13.607 zu einem Schuldspruch führten.« (Dack 2016: 65)

Bis zum Jahr 1948 war das Volksgerichtssystem in Österreich jedoch bereits erheblich verkleinert worden; 1955 wurde es abrupt abgeschafft bzw. durch reguläre Gerichtsbarkeit ersetzt.⁶

Parteipolitik und Wettbewerb um Wählerstimmen führten dazu, dass 1949 die zunächst von politischen Wahlen ausgeschlossenen ehemaligen NationalsozialistInnen, unter Berufung auf die Größe ihrer Zahl, wieder zu Wahlen zugelassen wurden.⁷ 1957 kam es infolge einer Generalamnestie zur vollständigen Reintegration ehemaliger NationalsozialistInnen; das bedeutete zwar nicht, dass sie automatisch

6 | Nur die »großen Verbrechen«, geregelt im Kriegsverbrechergesetz, sollten letztlich bestraft werden. Bis 1955 wurden von den Volksgerichten 13.600 Schuldsprüche gefällt; von 43 Todesurteilen wurden 30 vollstreckt. Nach den Amnestien der 1950er-Jahre kam es auch zu Maßnahmen der Rehabilitierung der von »Säuberungen« Betroffenen, z. B. Anrechenbarkeit der Dienstzeiten während der NS-Zeit. Die Zäsur von 1945 wurde bis 1950 wieder entschärft, die Betroffenen nannten sich »Opfer« (vgl. Stiefel 1981).

7 | Ab 1949 kandidierte der Verein der Unabhängigen (VdU), Vorgängerpartei der heutigen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).

in ihre alten Funktionen zurückkehren konnten, doch erhielten sie die Möglichkeit, sich wieder zu bewerben, was viele auch taten (Dack 2016: 69). Das im Februar 1947 beschlossene Rückstellungsgesetz zum Eigentum Vertriebener war heftig bekämpft worden; erst 2001 verpflichtete sich die Regierung schließlich zur nachträglichen Entschädigung.

(Nicht-)Beteiligung und Rechtfertigung

In den kontinuierlich wiederholten repräsentativen Bevölkerungsbefragungen unmittelbar nach 1945 und danach sollten das Ausmaß des Fortbestands der NS-Ideologie und die kollektiven Voraussetzungen für die institutionelle, gesetzliche Erneuerung und Demokratisierung erforscht werden.

Die 1946 gestellte Frage »Glauben Sie, dass das ganze österreichische Volk an dem Krieg mitschuldig ist, weil es eine Regierung an die Macht ließ, welche die Welt in den Krieg stürzen wollte?« zeigte auch ein Jahr später nahezu dasselbe Meinungsbild: 71 % sahen dies »überhaupt nicht«, auch 1947 waren es 69 %; die Anzahl derer, die »keine Meinung« dazu hatten, nahm von 10 % auf 15 % zu (Tabelle 1a).

Tabelle 1a: Mitschuld am Krieg

	Dezember 1946	Mai 1947
ja	4%	4%
teilweise	15%	12%
überhaupt nicht	71%	69%
keine Meinung	10%	15%

Antworten in der amerikanischen Zone Wiens, 1946 und 1947. Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 7: Vorbericht zur Ermittlung (Opinions concerning National Socialism), Wien (19. Mai 1947).

Nur eine überaus kleine Minderheit von 4 % bejahte die Frage zu beiden Zeitpunkten; diese wenigen gaben auf die Nachfrage der InterviewerInnen zur Begründung ihrer Antwort übereinstimmend an, »weil 1938 sehr viele Österreicher für Hitler waren«.

Diejenigen, die eine »teilweise« Mitschuld eingestanden (12 % im Jahr 1947), antworteten auf die offene Nachfrage, dass es zwar »viele Nazis« gegeben hatte, aber auch, dass sich viele »verleiten ließen« oder dass man »Widerstand hätte leisten müssen«. Unter den AblehnerInnen jeglicher Mitschuld zählten vor allem die Argumente, dass Österreich überfallen worden war, sich nicht hätte wehren können, dass es überrumpelt worden und unter Druck gestanden sei. In geringerem Maße wurde auch der »Wunsch nach wirtschaftlicher Besserung, aber nicht nach Krieg« angeführt sowie die Behauptungen, dass das Volk nichts von Hitlers Kriegsabsichten gewusst habe oder dass es unter propagandistischem Einfluss irreführt worden sei (Tabelle 1b).

Tabelle 1b: Mitschuld am Krieg

Die Befragten, die »teilweise« (12%) antworteten:	
Nur die Nazis waren schuld, weil viele für Hitler waren.	38%
Weil Österreich 1938 mit »JA« stimmte.	19%
Österreich hätte sich gegen die deutschen Eindringlinge verteidigen müssen.	10%
Weil sich Österreich infolge wirtschaftlicher Not zum Anschluss verleiten ließ.	9%
Weil Teile der Bevölkerung bewusst zum Krieg hingearbeitet haben.	7%
verschiedene Gründe	17%
Die Befragten, die »überhaupt nicht« (69%) antworteten:	
Weil wir uns 1938 nicht wehren konnten; Österreich wurde überfallen; wir waren machtlos; Österreich konnte allein nichts machen.	25%
Österreich stand unter Druck, unter Zwang, wurde vergewaltigt, überrumpelt.	25%
Das Volk wurde nicht gefragt.	12%
Österreich hat sich durch den Anschluss wirtschaftliche Besserung erwartet, aber keinen Krieg.	9%
Das Volk wusste nicht, dass Hitler Krieg wollte, sah die Katastrophe nicht voraus; das Volk war leicht zu leiten, war selbst nicht effektiv beteiligt.	8%
Man hat uns irreführt; das Volk war unwissend, wurde belogen, betrogen; das Volk stand unter propagandistischem Einfluss.	7%
Das Volk wollte keinen Krieg.	6%
Weil Österreich vom Ausland keine Hilfe erhielt.	3%
andere Meinungen	5%

Argumente der Befragten auf die offene Nachfrage; Kategorien der Antworten zu »teilweise« und »überhaupt nicht« mitschuldig, Wien 1947. Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 7: Vorbericht zur Ermittlung (Opinions concerning National Socialism), Wien (19. Mai 1947).

Eine weitere Frage (die auch in späteren Umfragen nach 1955 wiederholt gestellt wurde) lässt die emotionale Nähe zum Nationalsozialismus bzw. dessen Billigung genauer einschätzen: »Glauben Sie, dass der Nationalsozialismus eine schlechte Idee war oder eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt?« Als diese Frage in kurzem zeitlichem Abstand in Wien gestellt wurde, zeigte sich bereits, dass die Einstellungen unbeständig waren. Im März 1947 waren 36 % der Ansicht, der Nationalsozialismus sei eine gute, nur aber schlecht ausgeführte Idee gewesen, kurze Zeit später, im April 1947, waren es 48 %; zugleich war die Zahl derer, die »keine Meinung« dazu hatten, von 28 % auf 17 % zurückgegangen (Tabelle 2). Die Befragten schienen sich allmählich eher zu ihrer »eigentlichen« Meinung zu bekennen.

Tabelle 2: Einstellung zum Nationalsozialismus

	März 1947	April 1947
schlechte Idee	37%	35%
gute Idee, nur schlecht ausgeführt	36%	48%
keine Meinung	28%	17%

Nationalsozialismus: gute Idee oder nur schlecht ausgeführt? Wien, März 1947 und April 1947. Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 7: Vorbericht zur Ermittlung (Opinions concerning National Socialism), Wien (19. Mai 1947).

(Rück-)Besinnung und Demokratie?

Die ab 1947 einsetzenden Entschärfungen in der Entnazifizierungspolitik und die sich in den Befragungen abzeichnende Instabilität des Meinungsklimas verliehen der Frage nach der »wahren« demokratischen Gesinnung in der Bevölkerung ein umso stärkeres Gewicht: Welche Chancen hatte die Rückkehr zum parlamentarischen Parteiensystem, welche Art von Partei stellte man sich vor? Eine tiefe Ambivalenz trat, wenig überraschend, auch hierbei zutage: Stellte man nur die Frage, ob man »eine Demokratie, d. h. gewählte Vertreter und Mehrheitsbeschlüsse, gegenüber einer Diktatur, also einer durch eine oder mehrere Personen diktatorisch geleitete Regierung«, vorziehen würde, so sprach sich eine beeindruckende Zahl, 76 %, für die Demokratie aus, nur 6 % für eine Diktatur. Allerdings wollte fast ein Fünftel (18 %) dazu »keine Meinung« äußern. Welche Bedeutung der demokratischen Gesinnung tatsächlich zuzumessen war, ließ sich annähernd aus den Parteienvorstellungen erschließen: Bei der Frage »Würden die Interessen eines Volkes durch mehrere Parteien besser vertreten als durch eine Einheitspartei?« entschied sich zwischen der Alternative »Einheitspartei« oder »mehrere Parteien« gut ein Drittel (35 %) für die Einheitspartei, nur die Hälfte (51 %) plädierte für ein Wahlsystem mit mehreren Parteien, 14 % äußerten sich auch hierzu nicht. Dass die Präferenz nach einer Einheitspartei sich aber vornehmlich auf die nationalsozialistische Partei bezog, bezweifelten die Autoren des Surveys, ihrer Ansicht nach dürften sich die 35 %, die sich für eine Einheitspartei entschieden, nicht aus »lauter Anhängern der NSDAP zusammensetzen, sondern zum großen Teil aus Personen bestehen, die sich für die »Vaterländische Front« (Dollfuß-Schuschnigg)⁸ erklärten.⁹

Diese Interpretation wird aus Sicht der späteren historischen Forschung bekräftigt, die zeigt, dass die in Österreich tief verankerte autoritäre Tradition des »katholischen Deutschnationalismus« der nationalsozialistischen Ideenwelt im Antisemitis-

8 | Im März 1933 war von Engelbert Dollfuß die parlamentarische Demokratie aufgehoben worden; die NSDAP war in Österreich im Juni 1933 von Dollfuß infolge von Attentaten verboten worden. Nach der Ermordung von Dollfuß 1934 führte Kanzler Kurt Schuschnigg das autoritäre Regime bis 1938.

9 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 7 (1947): 8.

mus und Rassismus sehr nahe stand (Rathkolb 2015). Ein rassistisches Weltbild bzw. die Legitimation der »rassistischen« Herrschaftsidee manifestierte sich 1947 bei fast einem Drittel der Befragten: »Glauben Sie, dass manche Menschenrassen zum Herrschen geeigneter sind als andere?« beantworteten 31 % mit »ja« (15 % hatten keine Meinung, rund die Hälfte verneinte). Aufgrund der Nachfragen der InterviewerInnen wurde dazu im Bericht festgehalten, dass von diesen 31 % viele nicht nur an Jüdinnen und Juden dachten, sondern angaben, dass sie »Zigeuner«, »Russen«, »Italiener« zum Herrschen als weniger geeignet hielten als die »weiße Rasse«. An eine »Minderwertigkeit mancher Menschenrassen« glaubte explizit ein Fünftel aller Befragten.

Als im Jahre 1948 diese Frage nun explizit mit Bezugnahme auf Juden formuliert wurde, zeigten die Ergebnisse aber doch ein schärfer konturiertes Bild: Auf die Frage »Glauben Sie, dass die jüdische Rasse minderwertiger ist als andere Rassen?« stimmten in Wien 10 % zu, in Linz 11 %, in Salzburg 18 %; dezidiert lehnten dies in Wien 80 % ab, deutlich weniger, 69 %, in Linz, die geringste Ablehnung, 64 %, gab es in Salzburg.

Dass ein tief verwurzelt antijüdisches Stereotyp und emotionaler Antisemitismus wesentliche Fundamente für die Anhängerschaft des Nationalsozialismus in Österreich bereitstellten, zeigten die 1948 in den drei Städten erhobenen Meinungsbilder. Manche der gestellten Fragen bzw. Items wurden in der – erst in den 1970er-Jahren allmählich aufgenommenen – Antisemitismusforschung in Österreich wieder gestellt und lassen die tief verwurzelten Traditionen erkennen.

Antisemitismus und Schuldumkehr

Wie eingangs hervorgehoben wurde, stellen sich bei all diesen Themen Probleme der Glaubwürdigkeit des Antwortverhaltens, zwischen »Meinungslosigkeit« und die Einstellung verdeckenden oder abmildernden Darstellungen. Dies war auch bei den Fragen zur Verantwortung für die Vertreibungen der Jüdinnen und Juden und den an ihnen begangenen Verbrechen zu erwarten. Wie die folgenden Zahlen zeigen, wurden Ansichten aber erstaunlich offen geäußert, auch wenn sie zwischen verdeckten und direkten Meinungsäußerungen oszillieren. Ein unmittelbares Bekenntnis zu den Verbrechen an den Jüdinnen und Juden wird vermieden, in etwas »verschleierter« Form jedoch von vielen als gerechtfertigt bewertet (Tabelle 3).

Zur Beurteilung der von den Nationalsozialisten getroffenen »Maßnahmen gegen Juden« sollte eine von drei Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden: Dass es »den Juden unter Hitler so ergangen ist, wie sie es verdienten«, stimmte nur eine extreme Minderheit zu. Die Aussage »Hitler ist in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgendetwas musste geschehen, um sie in den Schranken zu halten«, wurde jedoch 1947 in Wien von 38 % als richtig befunden, 1948 waren es 44 %. In den beiden Landeshauptstädten Linz und Salzburg lag die Zustimmung 1948 bei rund 50 %. Die gegenteilige Meinung, dass die »gegen Juden gerichteten Maßnahmen in keiner Weise gerechtfertigt« waren, ging in Wien innerhalb eines Jahres merkbar zurück, von noch

54 % im Jahr 1947 auf 42 % im Jahr 1948. In den beiden Landeshauptstädten beurteilten 1948 lediglich 33 % in Linz und 29 % in Salzburg die Maßnahmen als ungerechtfertigt (hier liegen keine Zeitvergleiche vor; Tabelle 3).

»Selbst wenn die Bevölkerung auf die nazistischen Mordmethoden hingewiesen wird, findet sich nur eine kleine Gruppe, die diese Grausamkeiten verdammt und ablehnt [...]. Wenn auch die Wiener Bevölkerung gegenüber der Linzer und Salzburger Bevölkerung am wenigsten zum Antisemitismus neigt, so hat auch hier diese Anschauung stark an Boden gewonnen.«¹⁰

Tabelle 3: Antisemitismus

	Wien	Wien	Linz	Salzburg
	März 1947	April 1948	1948	1948
Den Juden ist es unter den Nazis so ergangen, wie sie es verdienen.	1,0	2,3	1,8	2,4
Die Nazis sind in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgendetwas musste geschehen, um sie in Schranken zu halten.	38,0	43,8	51,2	50,0
Die gegen die Juden gerichteten Maßnahmen waren in keiner Weise gerechtfertigt.	54,0	42,0	33,4	28,6
keine Meinung	7,0	11,9	13,6	19,0

Antisemitismus. Wien 1947 und 1948, Linz und Salzburg 1948 (Prozentangaben; es war eine Antwort auszuwählen). Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

Antisemitismus wurde im Weiteren durch Fragen zur Kontaktbereitschaft mit Juden und Jüdinnen in konkreten Alltagssituationen genauer erhoben. Anhand verschiedener Kontaktsituationen, z. B. ob man bereit wäre, mit Juden und Jüdinnen zusammenzuarbeiten oder ob man in dasselbe Wohnhaus wie diese ziehen würde, wird die Alltagsrelevanz des Judenbildes gut sichtbar. Für den damals typischen antisemitischen Rassismus sind vor allem zwei Fragen aufschlussreich: »Sollten die Juden dieselben Lokale besuchen dürfen wie die Nichtjuden?« und »Sollte ein Wiener (Linzler, Salzburger) Mädels, das einen Juden heiratet, geächtet und deswegen verurteilt werden?« (Antwortmöglichkeit jeweils Ja/Nein). Auch hier trat im Zeitverlauf, vor dem Hintergrund der Lockerung der zuvor strengeren NS-Gesetze, die »ehrlichere« Ansicht zutage: Das gegen einen rassistischen Antisemitismus geäußerte Bekenntnis reduzierte sich auch in Wien drastisch (um rund 20 %, mit Zunahme der »Gleichgültigen«), in den beiden Landeshauptstädten war Rassismus deutlich stärker ausgeprägt als in Wien (Tabelle 4).

10 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43 (1948): 3.

Auch in den Alltagssituationen, mit Juden und Jüdinnen als NachbarInnen und als ArbeitskollegInnen, zeigten sich die Verschiebungen – nicht-antisemitische Antworten wurden auch in Wien weniger, während die »Unentschiedenen« zunahmen. Im Bericht wurde festgehalten:

»Stark gewachsen ist im Lauf eines Jahres auch die Gruppe der Personen, die eine Ehe zwischen einer Nichtjüdin und einem Juden als ein Verbrechen betrachten und eine mit einem Juden verheiratete Nichtjüdin geächtet sehen wollen [...]. Nicht nur, dass eine radikale Gruppe gewachsen ist, hat sich auch eine starke Gruppe von Personen gebildet, die sich nicht entscheiden wollen.«¹¹

Tabelle 4: Kontakte mit Juden

	Wien	Wien	Linz	Salzburg
	März 1947	April 1947	1948	1948
Sollte ein Wiener (Linzer, Salzburger) Mädels, das einen Juden heiratet, geächtet und deswegen verurteilt werden?				
ja	5,4	10,1	11,2	17,6
nein	89,6	66,2	59,4	59,2
ist mir gleich	0,0	19,4	22,6	15,4
keine Meinung	5,0	4,3	6,8	7,8
Sollten die Juden dieselben Lokale besuchen dürfen wie die Nicht-Juden?				
ja	88,2	70,1	57	60,4
nein	6,6	9,1	18,4	17,2
ist mir gleich	3,6	18,5	21,6	16,4
keine Meinung	1,6	2,3	3,0	6,0
Würden Sie etwas dagegen haben, wenn Juden in dasselbe Wohnhaus ziehen würden wie Sie?				
ja	6,4	8,5	21,4	28
nein	88,8	73	59	56,8
ist mir gleich	3,4	16,3	16,2	11,8
keine Meinung	1,4	2,2	3,4	3,4
Würden Sie mit einem Juden zusammen arbeiten?				
ja	82,5	63,1	54,2	56,4
nein	12,5	21,2	27	31
ist mir gleich	2,2	10,9	12,6	6,6
keine Meinung	2,8	4,8	6,2	6,8

Kontakte mit Juden. Wien 1947 und 1948, Linz und Salzburg 1948 (Prozentangaben). Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

11 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43 (1948): 5.

Weiters wurde die Frage gestellt, ob es in der Stadt »viele Juden« gäbe. Unmittelbar nach 1945 hatte es zahlreiche Aktivitäten zur Aufklärung der Bevölkerung über die Verbrechen an den Juden und Jüdinnen gegeben, umso erstaunlicher waren die Wahrnehmungen: In Wien sahen 38 %, in Linz 79 % und in Salzburg 75 % »viele« anwesende Juden und Jüdinnen (Tabelle 5).

Tabelle 5: Einschätzung des Anteils von Jüdinnen und Juden

	Wien	Linz	Salzburg
Gibt es in Wien (Linz, Salzburg) Ihrer Meinung nach viele Juden?			
ja	38,5	79,4	75,0
nein	32,7	5,0	5,8
weiß nicht	28,8	15,6	19,2
Steht die Bevölkerung unserer Stadt im allgemeinen den Juden freundlich oder unfreundlich gegenüber?			
freundlich	27,0	14,4	21,0
unfreundlich	45,3	59,8	50,4
keine Meinung	27,7	24,8	28,6

Einschätzung des Anteils von Jüdinnen und Juden und vermutete Einstellung ihnen gegenüber. Wien, Linz und Salzburg 1948 (Prozentangaben). Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

Besonders auffallend ist die hohe Wahrnehmung anwesender Jüdinnen und Juden in den beiden Landeshauptstädten, obwohl deren Anteil keineswegs größer war als in Wien. Die Antworten zur anschließenden Frage »Steht die Bevölkerung unserer Stadt den Juden im allgemeinen freundlich oder unfreundlich gegenüber?« gibt Einblick in eine vorherrschende feindselige Stimmung, mit der diese verfälschte Wahrnehmung von Juden und Jüdinnen in der Stadt unterlegt war (Tabelle 5). In Wien schätzten 45 % die Haltung Jüdinnen und Juden gegenüber als unfreundlich ein, am schlechtesten in Linz (60 %): »Wie die Bevölkerung ihre Einstellung beurteilt, ist charakteristisch; die Linzer und Salzburger, die sich als starke Antisemiten erwiesen haben, sagen in ihrer Mehrheit, dass die Bevölkerung den Juden unfreundlich gegenübersteht«¹². Diese Einschätzung wurde durch eine Reihe von Gründen, die auf Nachfrage aufgezählt wurden, untermauert. Auf die offen gestellte Frage nach den Ursachen dieser »unfreundlichen Gefühle«, wurde eine Reihe von Motiven angeführt, die größtenteils antijüdische Ressentiments wiedergeben. Die vorgebrachten Argumente wurden thematisch zusammengefasst und quantitativ aufgelistet (Tabelle 6).

12 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43 (1948): 7.

Tabelle 6: Begründungen des Antisemitismus

	Wien	Linz	Salzburg
Aus rassistischen Gründen; weil sie nicht zu uns gehören und uns Christen nur betrügen.	41,0	10,4	16,0
Durch die Nazi-Hetze; die Erziehung der Nazi-zeit wirkt sich aus.	41,0	11,4	10,0
Wegen ihrer frechen Art; ihr Benehmen ist aufreizend; weil sie nicht arbeiten wollen.	40,5	43,0	43,0
Treiben nur Schleichhandel; sind Parasiten; in den Lagern geht es ihnen zu gut, sie verschleichen ihre zusätzlichen Lebensmittel.	39,0	47,0	43,0
Wegen der großen Last, die die (jüdischen) DP's für Österreich darstellen, weil sie uns alles wegessen.	2,0	18,5	14,0
Weil der Antisemitismus seit Jahrhunderten in der Welt verwurzelt ist.	3,3	1,6	6,0

Begründungen zur Frage »Warum ist die Bevölkerung unserer Stadt den Juden gegenüber unfreundlich eingestellt?«, Wien, Linz und Salzburg 1948 (Prozentangaben). Kategorien der Antworten (über 100 %, da manche Personen mehr als eine Antwort gaben). Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

In dieser projektiven Frage verweisen die angeführten Ursachen nur zu relativ geringem Anteil auf das Erbe des NS-Regimes (wie »Erziehung«, »Nazi-Hetze«). Die meistgenannten Begründungen transportieren ein Judenbild, das Ablehnung bis hin zum Hass rechtfertigt und das gesamte Repertoire des negativen Judenstereotyps wiedergibt: »die Christen betrügen«, »nicht zu uns gehören«, »nicht arbeiten wollen«, »auf Kosten der Österreicher leben« (Schleichhandel mit Lebensmitteln etc.). Die Liste an vorgebrachten Motiven wird im Bericht folgendermaßen kommentiert:

»Statt dass die Bevölkerung diese unfreundliche Einstellung gegenüber dem Judentum mit Abscheu ablehnen würde, versucht sie, die Schuld dem Judentum selbst zu geben, nur ein kleiner Teil (41 %) gibt der von Hass erfüllten Nazipropaganda die Schuld, das sind aber meist Personen, die sich sonst nicht als judenfreundlicher erwiesen haben, während diejenigen, die sich als judenfeindlich erwiesen, den Juden schlechte Charaktereigenschaften vorwerfen und diesen die Schuld an dem vorhandenen Antisemitismus geben.«¹³

Ob und in welchem Ausmaß die (projizierten) Meinungen über Juden und Jüdinnen auch auf die eigene Einstellung zu den NS-Verbrechen verweisen, zeigt die folgende im Bericht präsentierte Aufschlüsselung (Tabelle 7). Die Mehrheit derer, die von einer unfreundlichen Einstellung gegenüber Jüdinnen und Juden ausging, findet sich zugleich unter denjenigen, die die antijüdischen Maßnahmen des Nationalsozialismus

zwar als »zu weit gegangen«, aber doch notwendig, »um sie in Schranken zu halten«, erachteten (dies sind 56 % in Wien, jeweils 62 % in Linz und Salzburg).

Tabelle 7: Einstellung zu »Maßnahmen gegen Juden«

	Wien	Linz	Salzburg
Den Juden ist es unter den Nazis so ergangen, wie sie es verdienen.	4,2	3,0	3,6
Die Nazis sind in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgendetwas musste geschehen, um sie in Schranken zu halten.	56,2	62,0	62,3
Die gegen die Juden gerichteten Maßnahmen waren in keiner Weise gerechtfertigt.	33,7	26,1	23,4
keine Meinung	5,9	8,9	10,7

Einstellung zu »Maßnahmen gegen Juden« bei jenen Personen, die angaben, die »Bevölkerung unserer Stadt ist den Juden gegenüber unfreundlich eingestellt« (Prozentangaben). Wien, Linz und Salzburg 1948. Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

Die Zahl der als nicht-antisemitisch eingestuften Befragten ist deutlich niedriger:

»Die Gruppe, die sich als nicht antisemitisch erwiesen hat und die Schuld an der unfreundlichen Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Juden der Bevölkerung selbst gibt, ist in Wien ungefähr ein Drittel, in Linz und Salzburg nur ein Viertel.«¹⁴

In den hier gezeigten Auszügen aus den Forschungen während der drei Nachkriegsjahre wird deutlich, wie die persönlichen Einstellungen zum Nationalsozialismus und gegenüber Juden und Jüdinnen teils verleugnet oder verborgen, teils offen geäußert wurden. Innerhalb eines kurzen Zeitraums wurden die Einstellungen wieder unverhohlener zum Ausdruck gebracht. Der Meinungsumschwung vollzieht sich vor dem Hintergrund der sukzessiven Abschwächung der zuerst strengen, dann immer weitmaschigeren Gesetze zur Entnazifizierung und kann nicht nur als Widerstand gegen die Gesetze, sondern auch als Ausdruck zunehmender Courage und Ermunterung, die eigene Haltung kundzutun, interpretiert werden.

Erst in den – Jahrzehnte später aufbrechenden – Auseinandersetzungen um die »österreichische Identität« gelangten die in den frühen US-Forschungen intensiv durchleuchteten Themen auch in die sozialwissenschaftliche Forschung Österreichs. Wie sehr diese frühen Untersuchungen der Nachkriegszeit zum Verständnis der weiterhin tradierten Einstellungen und ihrer Entwicklungen beitragen, soll abschließend in einem gestrafften Überblick skizziert werden.

Kontinuitäten und Wandel des nationalen Selbstverständnisses – zur Aktualität und Bedeutung der frühen Forschungen

Das nationale Selbstbild Österreichs, das es nach der Wiederherstellung der Republik erlaubte, den Nationalsozialismus als Eingreifen deutscher Fremdherrschaft zu exterritorialisieren, fand auch bei HistorikerInnen Unterstützung. Karl Gutkas vertrat die These, dass bald schon nach dem »Anschluss« 1938 eine tiefe Enttäuschung in der Bevölkerung um sich gegriffen habe (Gutkas 1985). Infolge der katastrophalen Entwicklungen bis hin zum Zusammenbruch des Traums vom Großdeutschen Reich habe diese Ernüchterung zu einer grundsätzlichen Abkehr vom Nationalsozialismus und zur Besinnung auf demokratische Werte geführt, die in der Staatsgründung 1945 ihren politischen Ausdruck fanden. Eine weitere These hebt die damals handelnden, antifaschistisch gesinnten politischen Eliten hervor. Beide Thesen hielten der Realität im Spiegel der Forschungen nicht stand. In den 1960er- und 1970er-Jahren wurden erste Untersuchungen über die Einstellungen in der Bevölkerung, mit ernüchternden Ergebnissen, publiziert (Kienzl 1966; Weiss 1977; 1987). Und die in den 1980er-Jahren in größerem Umfang aufgenommenen zeithistorischen Untersuchungen erschütterten das Bild über das Verhalten der politischen Eliten unmittelbar nach 1945: Gegenüber den Alliierten verhielten sie sich von Anfang an unwillens, die geforderten Maßnahmen zur Entnazifizierung und Wiedergutmachung zu setzen, manche Gesetzesvorlagen liefen deren Forderungen sogar völlig zuwider (Meissl, Mullay und Rathkolb 1986; Knight 1988).

Die Wirksamkeit von Gesetzen für kollektive Lernprozesse wird häufig hinterfragt, aus sozialpsychologischer Sicht erfüllen sie jedoch eine wichtige, normenstützende Funktion:

»Die Gesetzgebung kann keine Gedanken zwingen und Toleranz herbeiführen, das Gesetz kann nur den äußeren Ausdruck von Intoleranz kontrollieren. Aber der Psychologe weiß, daß der äußere Druck manchmal auch eine Wirkung auf die inneren Gewohnheiten, Gedanken und Gefühle hat. Und darum halten wir die Gesetzgebung für eine der Hauptmethoden, um nicht nur die öffentliche Diskriminierung, sondern auch das private Vorurteil zu verringern.« (Allport 1971: 474)

Verschleppte Gesetze zur Entnazifizierung und Wiedergutmachung, personelle Kontinuitäten in wichtigen Institutionen und in Elitefunktionen spiegeln sich in Österreich in einem paradoxen nationalen Selbstverständnis wider. So stellte man in den 1980er-Jahren bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung eine Verklärung der NS-Vergangenheit (»die Hitlerzeit wird heute viel zu negativ dargestellt, sie hatte auch ihre guten Seiten«) und die Betonung positiver Aspekte, wie wirtschaftlichen Aufschwungs und Beschäftigung, fest (IFES 1988; Rust 1988). In Alltagsgesprächen stieß man auf die Hervorhebung des eigenen »Opfer-Status« bis hin zur Gleichsetzung des eigenen Schicksals mit dem der Opfer (Wodak, Cillia, Gruber, Mitten, Nowak und Pelikan 1990). Der Nationalsozialismus wurde jahrzehntelang nicht als Teil der ei-

genen Geschichte wahrgenommen, doch hatte es ebenso lange gedauert, bis sich die ÖsterreicherInnen als eine eigene Nation sahen; noch zu Beginn der 1960er-Jahre bejahten nur 47 % den Satz »Die Österreicher sind eine Nation«, auch 1980 waren es erst 67 % (Botz 1998: 369).

Hatte die US-Forschung bei fast der Hälfte einen ausgeprägten Antisemitismus festgestellt, gaben Anfang der 1970er-Jahre immer noch 21 % an, es wäre »für Österreich besser, keine Juden im Lande zu haben« (Tichatschek-Marin 1976: 4). Eine Rechtfertigung der »Maßnahmen« des Nationalsozialismus, »man sollte zugeben, dass die Beseitigung der Juden aus unserem Land auch positive Auswirkungen gehabt hat«, äußerte auch 1980 unverhohlen nahezu ein Fünftel (19 %), dass es »am besten wäre, wenn alle Juden nach Israel gingen«, befanden 24 % der befragten ÖsterreicherInnen (Weiss 1987: 127).

Nicht nur Stereotypen und teils massive Vorurteile, auch die Abwehr einer Mitverantwortung am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen hatten in den 1990er-Jahren weiterhin Kontinuität und Bestand: Noch 1995 mochten 26 % lieber keine Jüdinnen und Juden als NachbarInnen, 19 % hielten deren Einfluss in Österreich für zu groß und dem Anspruch auf Entschädigung für die Verbrechen im Nationalsozialismus wurde von 28 % das klassische Stereotyp der Geschäftstüchtigkeit – »Juden verstehen es, den Holocaust für ihre eigenen Zwecke auszunützen« – entgegengehalten (Golub und Cohen 1995: 2). Im Vergleich zur früheren Befragung 1991 waren die Ergebnisse 1995 »gemischt«:

»A shift has occurred in response to the question asking whether Austria was a victim of Hitler or a participant in the events leading up to 1945. The view that Austria was »the first victim of Hitler's Germany« has declined from 34 % to 28 %; at the same time, the opinion that Austria was »also responsible, as a participant, for the events up to 1945« has decreased from 39 % to 29 %.« (Ebd.: 6)

Ein »Antisemitismus nach Auschwitz« unterscheidet sich von der traditionellen Judenfeindschaft in den Reaktionen auf den Völkermord, z. B. durch Verweise auf die starke Konkurrenz zu Jüdinnen und Juden und ihre gesellschaftliche Vorherrschaft; oder durch den Verweis, dass auch andere Länder Schuld auf sich geladen hätten bis hin zur Schuldzuschreibung an die Juden und Jüdinnen selbst. Auch jüngere Forschungen bestätigen, wie sehr diese Komponenten bis in die Gegenwart die Einstellung zum Judentum bestimmen. »Durch ihr Verhalten sind Juden an Verfolgungen nicht ganz unschuldig« fanden 25 % der ÖsterreicherInnen auch noch zur Jahrtausendwende (Weiss 2004: 60) und 20 % gaben die Schuld weitgehend an die Juden und Jüdinnen zurück, sie glaubten, dass diese »in der Geschichte viel Unheil angestiftet haben« (ebd.: 159).

Die Tabuisierung des Antisemitismus nach 1945 war eine Regel, die antijüdische Manifestationen in der Öffentlichkeit unterdrücken sollte (Botz 1988; Pelinka und Weinzierl 1987). Von einigen Sozialwissenschaftlern wurde in den 1970er-Jahren noch recht optimistisch diagnostiziert, dass zwar einige »Klischees und Judenwitze« in pri-

vaten Kreisen fortleben würden, aber Antisemitismus im öffentlichen Verhalten und besonders in der Politik endgültig ausgedient hätte, mit dem Verweis, dass andere Vorurteile genaueres Studium und größere Sorge erfordern würden (Bichlbauer und Gehmacher 1973: 738). Tatsächlich stoßen »Ausländer« und andere Gruppen heute auf verbreitete Vorurteile und Ablehnung, zugleich aber haben die antijüdischen Ressentiments keineswegs ihren Stellenwert im ideologischen Kontext des sogenannten Rechtspopulismus verloren; im minderheitenfeindlichen Einstellungssyndrom ist die Ablehnung von Jüdinnen und Juden auch in der österreichischen Gegenwart fest verankert (Hofmann 2016: 244).

Einen »Antisemitismus ohne Juden« hatte man in den 1970er-Jahren konstatiert, Kontakte mit (real kaum anwesenden) Juden und Jüdinnen wurden heftig zurückgewiesen: »Würden Sie ein Mädchen/einen Mann jüdischer Abstammung heiraten (oder geheiratet haben)?« wurde 1973 österreichweit von 35 % verneint (Tichatschek-Marin 1976); auch 1980 hätte ein Fünftel der Befragten ihr Kind davon abgehalten, wenn es in eine jüdische Familie hätte einheiraten wollen (Weiss 1987). Selbst »als Nachbarn« stießen Jüdinnen und Juden noch 2002 bei 17 % der ÖsterreicherInnen auf Ablehnung (Denz 2003: 329). Einstellungen zu Kontakt und Verhalten gegenüber Juden und Jüdinnen haben sich weder in der Phase des »Wiederaufbaus« noch danach wesentlich gewandelt. Verfolgt man die Veränderungen zwischen den Jahrzehnten, so ist eine Zunahme sowohl positiver als auch negativer Haltungen gegenüber Jüdinnen und Juden festzustellen, während indifferente Stellungnahmen zurückgingen. Diese Polarisierung wird als Folge der in den 1980er-Jahren einsetzenden Enttabuisierung des Antisemitismus in der Öffentlichkeit gedeutet, mit der auch die Kommunikationschranke über Antisemitismus zerfallen ist (Wassermann 2002; Weiss 1994).

Auch die qualitativen Forschungen haben den hartnäckigen Bestand der tradierten Zuschreibungen offengelegt. Danach gefragt, was man selbst über Juden und Jüdinnen im Alltag alles gehört hat (wie Herzog 1994 in ihrer Untersuchung gefragt hat), trat vor allem der Komplex der Berufs- und Geschäftswelt hervor: »Juden sind geizig und raffgierig«, »wo Juden das Geschäftsleben beherrschen, kommt keiner mehr hinein«, »Juden sind oft Ausbeuter und leben von der Arbeit anderer«. Eigenschaften wie Intelligenz, Begabungen und Familienzusammenhalt stehen neben Geschäftstüchtigkeit, Reichtum und Vormacht in der Politik. Die Rede von der Rolle des »internationalen Judentums«, das seine politische Macht vor allem in den USA ausübe, gewann zunehmende Verbreitung. Zur Jahrtausendwende meinten 34 %, Juden hätten »in Österreich zu viel Einfluss«, ein Viertel fand, man sollte in Österreich den »Zugang der Juden zu einflussreichen Berufen kontrollieren« und »Juden beherrschen das Weltgeschehen« (Weiss 2004: 62). Die Vorstellung des »zu großen Einflusses« der Juden stieg (von 20 % im Jahr 2007) bis 2012 wieder auf 28 % an (Hofmann 2016: 243).

In der bis heute diskutierten Frage einer Mitverantwortung der ÖsterreicherInnen am Nationalsozialismus treten charakteristische Widersprüchlichkeiten hervor: So bejaht zwar zur Jahrtausendwende eine große Mehrheit (80 %), dass Österreich am Schicksal der Juden und Jüdinnen mitverantwortlich war, aber nur die Hälfte will eine Mitschuld am NS-Regime (»Österreich ist am NS-Regime mitschuldig«)

erkennen; dass ÖsterreicherInnen der Judenmisshandlung beigepflichtet hatten und Wiedergutmachung an Jüdinnen und Juden »eine Verpflichtung Österreichs« sei, befinden knapp 40 %. Für einen »Schlussstrich«, dass »NS-Verbrechen nicht mehr aufgearbeitet werden«, spricht sich eine große Mehrheit (70 %) aus (Reinprecht 2004).

»Das Nebeneinander von einem normativen, aber letztlich unverbindlich wirkenden Bekenntnis zu einer historischen Mitverantwortung Österreichs am Holocaust einerseits und einem Festhalten an der kollektiven Opferthese andererseits verbindet sich mit einer Haltung, welche die Frage der individuellen Verstrickung, Verantwortung und Schuld bagatellisiert und unter die Bemühungen um eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit einen Schlussstrich ziehen möchte.« (Ebd.: 136)

Die hier überblicksmäßig zusammengefassten Daten zeigten, dass in Österreich ein Einstellungswandel nach 1945 nur zögernd vorstättenging. Nach den 1970er-Jahren konnte ein Rückgang in den antisemitischen Einstellungen verzeichnet werden, der aber seit den 1990er-Jahren stagniert, teils in manchen Facetten wieder ansteigt, wie die kontinuierlichen, zeitvergleichenden Zahlen der Anti-Defamation-League (ADL) belegen;¹⁵ 2014 weist die ADL für Österreich auf Basis eines Index-Scores (aus elf Fragen) einen Anteil von 28 % der ÖsterreicherInnen aus, die zu antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen neigen.

In verschiedenen Phasen traten die kulturell tradierten antijüdischen Ressentiments zusammen mit einem teils heftigen sekundären Antisemitismus wiederholt an die Oberfläche, besonders wenn der Holocaust und die NS-Vergangenheit Österreichs zum Thema wurden. Forschungen stießen auf die Langlebigkeit verschiedener, isolierter Facetten der NS-Erinnerung. Hatte die Tabuisierung des Antisemitismus anfänglich zum Ziel, antijüdische Manifestationen in der Öffentlichkeit zu unterdrücken, so beförderte dies langfristig das Fortleben von antijüdischen Stereotypen und Paradoxien des Erinnerns.

Literatur

- Allport, Gordon W. (1971): *Die Natur des Vorurteils*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
 [Originalausgabe: Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*, Cambridge, Mass, u. a.: Addison-Wesley]
- Bichlbauer, Dieter und Gehmacher, Ernst (1972): »Vorurteile in Österreich«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 24. Jahrgang, Heft 4, S. 734–746.
- Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerhard (Hrsg.) (1994): *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte*, Frankfurt am Main/New York: Campus.

15 | »The ADL GLOBAL 100: An Index of Anti-Semitism« (<http://global100.adl.org/#country/austria/2014>, 1. Oktober 2018).

- Botz, Gerhard (1998): »Janus-headed Austria. Transition from Nazism as restoration, continuity and learning process«, in: Larsen, Stein U. (Hrsg.), *Modern Europe after Fascism 1943–1980s*, New York: Columbia University Press, S. 339–377.
- Burger, Rudolf (2001): »Die Irrtümer der Gedenkpoltik. Wider die Rede von der ›Verdrängung der Nazizeit‹ – Ein Plädoyer für das Vergessen«, in: *Europäische Rundschau*, 28. Jahrgang, Heft 2, S. 3–13 [auch abgedruckt in: Burger, Rudolf (2009), *Jenseits der Linie: ausgewählte philosophische Erzählungen*, Wien: Sonderzahl].
- Dack, Mikkel (2017): »Die Entnazifizierung einer ›Tätergesellschaft‹. Bestrafung und Reintegration im besetzten Deutschland und Österreich«, in: KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial (Hrsg.), *NS-Täterinnen und -Täter in der Nachkriegszeit*, Jahrbuch 2016, Wien: new academic press, S. 59–72.
- Denz, Hermann (2003): »Solidarität in Österreich«, in: *SWS-Rundschau*, 43. Jahrgang, Heft 3, S. 321–336 (http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2003_3_Denz.pdf, 1. September 2018).
- Embacher, Helga (Hrsg.) (1990): *Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtausstellung in Salzburg*, Salzburg/Wien: Residenz.
- Golub, Jennifer und Cohen, Renae (1995): *Current Austrian Attitudes Toward Jews and the Holocaust*, New York: American Jewish Committee (Working Papers on Contemporary Anti-Semitism, Band 24).
- Gutkas, Karl (1985): *Die Zweite Republik: Österreich 1945–1985*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Herzog, Herta (1994): *The Jews as »Others«: On Communicative Aspects of Antisemitism. A Pilot Study in Austria*, Jerusalem: The Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism, SICSA (ACTA, Band 4) (<https://web.archive.org/web/20170116163533/http://sicsa.huji.ac.il/4herta.htm>, 1. September 2018).
- Hofmann, Julia (2016): »Abstiegsangst und Tritt nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle soziale Unsicherheit bei der Entstehung dieser am Beispiel Österreichs«, in: Aschauer, Wolfgang, Donat, Elisabeth und Hofmann, Julia (Hrsg.), *Solidaritätsbrüche in Europa*, Wiesbaden: Springer VS, S. 237–262. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-06405-1_11.
- Institut für empirische Sozialforschung, IFES (Hrsg.) (1988): *Einschätzungen der Ereignisse des Jahres 1938 in der österreichischen Bevölkerung*, Forschungsbericht 88/208, Wien.
- Kienzl, Heinz (1966): »Der Österreicher und seine Schande«, in: *Forum*, 13. Jahrgang, Heft 154 (Oktober), S. 655–657.
- Knight, Robert (1988): *»Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen«. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–52 über die Entschädigung der Juden*, Frankfurt am Main: Athenäum.
- Költringer, Richard und Gehmacher, Ernst (1989): »Antisemitismus und die ›Waldheimdiskussion‹ während des österreichischen Bundespräsidentenwahlkampfes 1986«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 41. Jahrgang, Heft 3, S. 555–562.

- Marin, Bernd (2000): *Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder*, Frankfurt am Main: Campus.
- Meissl, Sebastian, Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver (Hrsg.) (1986): *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Merritt, Anna J. und Merritt, Richard L. (Hrsg.) (1970): *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949*, Urbana/Chicago/London: University of Illinois Press.
- Pelinka, Anton (1990): *Zur österreichischen Identität*, Wien: Ueberreuter.
- Pelinka, Anton und Weinzierl, Erika (Hrsg.) (1987): *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*, Wien: Edition S.
- Rathkolb, Oliver (Hrsg.) (1985): *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik: vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung*, Wien/Graz: Böhlau.
- Rathkolb Oliver (2015): »Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945)«, in: Thomas Winkelbauer (Hrsg.), *Geschichte Österreichs*, Stuttgart: Reclam, S. 477–524.
- Reinprecht, Christoph (2004): »Nationale Identität, Geschichtsbilder und Mythen«, in: Weiss, Hilde (Hrsg.), *Nation und Toleranz*, Wien: Braumüller, S. 129–156.
- Rust, Holger (1988): »Aus der Geschichte lernen? Zur Bereitschaft der ÖsterreicherInnen, sich mit dem »Anschluss« zu beschäftigen«, in: *Medien-Journal*, 12. Jahrgang, Heft 4, S. 162–171.
- Stiefel, Dieter (1981): *Entnazifizierung in Österreich*, Wien: Europa Verlag.
- Stifter, Christian H. (2015): »Vermessene Demokraten. Meinungsumfragen der US-Besatzungsmacht in der österreichischen Bevölkerung, 1946–1955«, in: Dreideomy, Lucile, Hufschmied, Richard, Meisinger, Agnes, Molden, Berthold, Pfister, Eugen, Prager, Katharina, Röhrlich, Elisabeth, Wenninger, Florian und Wirth, Maria (Hrsg.), *Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, Band 1, S. 546–561. DOI: <https://doi.org/10.7767/9783205203353-047>.
- Tichatschek-Marin, Bernd (1976): »Antisemitismus ohne Antisemiten? Zum nachfaschistischen Antisemitismus in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 1. Jahrgang, Heft 1, S. 1–14.
- Uhl, Heidemarie (2001): »Das »erste Opfer«. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30. Jahrgang, Heft 1, S. 19–34.
- Wassermann, Heinz P. (2002): *Naziland Österreich? Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild*, Innsbruck/Wien: StudienVerlag.
- Weinzierl, Erika (1973): *Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945*, Graz/Wien: Styria.
- Weiss, Hilde (1977): »Antisemitismus«, in: *Journal für angewandte Sozialforschung*, 17. Jahrgang, Heft 3, S. 13–26.

- Weiss, Hilde (1986): »Antisemitische Vorurteile in Österreich nach 1945. Ergebnisse empirischer Forschungen«, in: Schoeps, Julius H. und Silbermann, Alphons (Hrsg.), *Antisemitismus nach dem Holocaust. Bestandsaufnahme und Erscheinungsformen in deutschsprachigen Ländern*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 53–70.
- Weiss, Hilde (1987): *Antisemitische Vorurteile in Österreich. Theoretische und empirische Analysen*, 2. Auflage, Wien: Braumüller.
- Weiss, Hilde (1994): »Latenz und Aktivierung antisemitischer Stereotype und Ideologien in Österreich«, in: Kulke, Christine und Lederer, Gerda (Hrsg.), *Der gewöhnliche Antisemitismus. Zur politischen Psychologie der Verachtung*, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 105–124.
- Weiss, Hilde (2004): *Nation und Toleranz? Empirische Studien zu nationalen Identitäten in Österreich*, Wien: Braumüller.
- Wodak, Ruth, Cillia, Rudolf, Gruber, Helmut, Mitten, Richard, Nowak, Peter, und Pelikan, Johanna (1990): »Wir sind alle unschuldige Täter!« *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ziegler, Meinrad und Kannonier-Finster, Waltraud (1993): *Österreichisches Gedächtnis: über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, Wien: Böhlau.

